



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 21.07.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

Nachtrag 2011 (Vorberatung)

Vorl.Nr. 276/11

Beschluss:

Aufgrund der §§ 79 und 82 der Gemeindeordnung wird folgende Nachtragshaushaltssatzung 2011 erlassen:

§ 1

Haushaltsplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird durch den Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert: Es erhöhen bzw. vermindern sich

- | | | |
|---|--|-------|
| (1) die Einnahmen und Ausgaben
des Verwaltungshaushalts | je um +) 9.430.050 EUR auf 294.620.000 EUR | |
| des Vermögenshaushalts | je um -) 1.783.100 EUR auf 32.877.500 EUR | |
| (2) der Gesamtbetrag der vorgesehenen
Kreditaufnahmen für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen
(Kreditermächtigung) | unverändert | 0 EUR |
| (3) der Gesamtbetrag der
Verpflichtungsermächtigungen | um +) 2.094.500 EUR auf 12.045.500 EUR | |

§ 2

Kassenkredite

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 16.12.2010 bleibt unverändert.

§ 3

Gemeindesteuern

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 16.12.2010 bleibt unverändert.

§ 4

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 16.12.2010 bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1 und 1.2, Vorl.Nr. 276/11 und 277/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

BM **Schmid** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Herr **Kistler** (FB Finanzen) gibt nachfolgend einen Gesamtüberblick über den Nachtragshaushalt 2011 und erläutert anhand von Skizzen die wesentlichen Planansätze. Im Steuerbereich sei ein Plus von 10,7 Mio. Euro zu verzeichnen. Man werde eine positive Zuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaften und die Entnahme aus den Rücklagen deutlich auf 3,9 Mio. Euro reduzieren können.

In der nachfolgenden Aussprache freut sich Stadträtin **Liepins** über die positiven Nachrichten und signalisiert allgemeine Zustimmung zu Straßensanierungsmaßnahmen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) und Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) gehen anschließend erläuternd auf Nachfragen von Stadtrat **Noz** sowie der Stadträtinnen **Liepins** und **Burkhardt** insbesondere in Bezug auf die eingeplanten Mittel für das Vorhaben Eberhardstraße 1, die gestiegenen Kosten der Straßenbeleuchtung, zum Vorhaben Mathildenstraße 29/31, die ehrenamtlichen Entschädigungen und die Sanierungszuschüsse ein. Es werden alle Fragestellungen aus dem Gremium zu den finanziellen Positionen beantwortet.

Herr **Kiedaisch** erklärt, für die Sitzung des Gemeinderates erhalte das Gremium ein korrigiertes Änderungsverzeichnis bezüglich der Position der Zuweisungen vom Land auf Seite 25 Nr. 6135 des Nachtragshaushaltsplans 2011, Vorl.Nr. 277/11, die eigentlich dem Mathilden-/Rathausareal zugeordnet sei.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 276/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 1.1

Nachtrag 2011 - Anlage

Vorl.Nr. 277/11

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1 und 1.2, Vorl.Nr. 276/11 und 277/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 276/11.

Abweichender Beschluss:

1.) Als Energieträger für die Nahwärmeversorgung im Neubaugebiet „Neckarterrasse“ soll vorrangig Biogas eingesetzt werden. Dieses soll in einer im Bereich der bisherigen Schießanlage neu zu errichtenden Biogasanlage erzeugt werden. Die unterirdische Heizungsanlage soll im neu zu bauenden Punkthaus im Neubaugebiet untergebracht werden.

Die Heizzentrale und das Nahwärmenetz werden von den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim errichtet und betrieben. Die Biogasanlage wird von der KWA AG gemeinsam mit örtlichen Landwirten errichtet und betrieben.

2.) Sollten sich im Verlauf des Verfahrens praktische oder wirtschaftliche Gründe ergeben, die die Realisierung der Biogasanlage verhindern, wird für die Versorgung des Nahwärmenetzes im Neubaugebiet die ursprünglich vorgeschlagene Holzpelletanlage mit Gasspitzenkessel weiterverfolgt.

3.) Die Stadtverwaltung wird die für die Realisierung notwendigen rechtlichen Schritte (VEP) vorbereiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die einzelnen Ziffern des abweichenden Beschlusses werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

Ziffer 1 wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Ziffer 2 wird mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Ziffer 3 wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 322/11 und begrüßt die anwesenden Vertreter der Firma KWA AG.

Frau **Wenninger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutert nachfolgend, dass aufgrund Veränderungen in der Nachfrage die Biogasanlage wirtschaftlich wieder interessant geworden sei und erläutert die diesbezüglichen Überlegungen. Die Grundsatzentscheidung werde im Gemeinderat am 27.07.2011 fallen. Die geplante Anlage produziere regenerativen Strom, der fast die Hälfte des Bedarfs in Neckarweihingen abdecke.

In der nachfolgenden Aussprache bringt Stadtrat **Rebholz** den Charme der Idee zum Ausdruck, möchte jedoch insbesondere die Frage nach der Wirtschaftlichkeit des Projekts deutlicher beantwortet haben. Auch Fragen bezüglich der rechtlichen Voraussetzungen müssten noch geprüft werden. Aus seiner Sicht sollte daher heute lediglich die Entscheidung getroffen werden, dass man in Richtung Biogas als Energieträger gehen wolle.

Aus der Sicht von Stadtrat **Juraneck** handelt es sich um ein gutes Gesamtpaket und die vorgelegte Planung für interessant. Man müsse alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um eine Energiewende herbeizuführen.

Stadträtin **Schneller** freut sich über das gute Ergebnis aus den Überlegungen bezüglich der Versorgungsart als auch des Standorts. Dies stelle jedoch noch keinen Freibrief dar. Einer Holzpellettheizanlage könne sie nicht zustimmen. Es sei nicht einzusehen, weshalb im Sommer Holz verheizt werde, wenn man das warme Wasser auch mit Solarthermie erzeugen könne. Man müsse vor einer Entscheidung noch mehr Unterlagen und Daten bekommen, die die letzten Fragen beispielsweise wegen der Abwärme beantworteten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt, dass man mit dem Standort der Heizanlage einverstanden sei. Sollte der Bezug der Materialien nicht ausschließlich aus der Region kommen, müsse die Zustimmung aber nochmals überdacht werden. Gedanken mache sie sich auch wegen der jüngsten Berichte bezüglich der Risiken durch entstehende Keime.

Stadtrat **Haag** weist darauf hin, dass man einerseits eine umweltfreundliche Energieversorgung sicher stellen wollte, andererseits aber die Bauherren einfacher den Energiestandard einhalten könnten. Deshalb sei die Wirtschaftlichkeit des Projekts von Bedeutung. Ein Vergleich der Heizformen stehe noch aus. Auch die Versorgungssicherheit sei nochmals zu betrachten.

Stadträtin **Burkhardt** gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Energieversorgung eines Neubaugebiets umweltfreundlich und so kostengünstig wie möglich für den Endverbraucher erfolgen muss; dass sie Wärme- und Stromversorgung umfassen muss; dass die Blockheizkraftwerkstechnologie als umweltfreundlichste Primärenergienutzung eingesetzt werden muss. Deshalb haben wir auch der Holzpellettheizung nicht zugestimmt. Wir sind weiter der Meinung, dass vor einer endgültigen Entscheidung über die Energieversorgung eines Neubaugebiets sämtliche Kosten der diskutierten Versorgungsart für das entscheidende Gremium und für den Verbraucher transparent gemacht werden müssen. Es reicht nicht aus, die Interessen des Sportschützenvereins und der Landwirte in Neckarweihingen zu berücksichtigen. Unter anderem um diese Kostentransparenz zu erreichen, haben Herr Hillenbrand und ich den Antrag 299/11 gestellt. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass der Antrag der LUBU/Linke auf einen Vergleich des Ausbaus vorhandener Heizwerke mit dem Neubau einer Biogasanlage mit der Vorlage 322/11 nicht beantwortet ist. Noch eine Anmerkung zu den Aussagen auf Seite 5 zu unserem Antrag: in der Gemeinderatssitzung am 08.06.11, zu der es noch kein Protokoll gibt, hat der Vertreter der LEA darauf hingewiesen, dass es zwei Möglichkeiten der Energieversorgung für die Neckarterrassen gibt: einmal den Ausbau vorhandener Heizwerke oder die Möglichkeit des Neubaus einer Biogasanlage bei der Schießanlage, die zwei Vertreter der KWA Contracting AG anschließend ausführlich dargestellt haben. Die Vorlage lehne ich ab.“

Herr **Lutz** und Herr **Ramsaier** (KWA AG) beantworten nachfolgend die Fragen aus der Diskussion. Er macht insbesondere Ausführungen zur vorgesehenen Gesellschaftsstruktur sowie zur Wirtschaftlichkeit. Das produzierte Gas werde an die Stadtwerke geliefert, die daraus Strom und Wärme erzeugen. Es gehe heute nicht um eine Zustimmung, sondern darum, den Prozess starten zu dürfen. Die Fragen nach Geruch und Lärm könnten erst im Genehmigungsverfahren beantwortet werden. Dort würden entsprechende Gutachten vorgelegt. Die Endlager müssten gasdicht abgedeckt werden. Zur Frage der Rohstoffversorgung verweist Herr Ramsaier auf die Gesetzeslage, wonach ein maximaler Anteil von 50 % an Mais erlaubt sei. Insgesamt gingen 200 ha landwirtschaftlicher Fläche in die Produktion von Rohstoffen. Ein wichtiges Argument sei auch, dass die Gärreste als organischer Dünger nahezu geruchlos auf die Felder gebracht werden könne. Die angesprochene Keiminfizierung einer solchen Anlage sei zwar unbestritten, das Ausbringen unvergorener Gülle nachgewiesenermaßen jedoch kritischer. Es finde eine feinmaschige Kontrolle statt.

Stadträtin **Schneller** stellt klar, dass man die Biogasanlage positiv begleiten wolle. Die Nahwärmeversorgung für die Neckarterrasse sei beschlossen. Der Beschlussvorschlag missfalle in Bezug auf die Holzpelletanlage. Sie bittet um getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlags.

Frau **Wenninger** informiert, dass die Holzpelletanlage als Plan B zu verstehen sei.

Stadträtin **Burkhardt** stellt klar, dass es bei ihrem Antrag um einen Vergleich zwischen dem Umbau vorhandener Heizwerke und einer Biogasanlage beim Schützenhaus gehe.

Nach weiterer kurzer Aussprache stellt BM **Schmid** den Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Die Linke), Vorl.Nr. 299/11 im Gremium zur Abstimmung.

Dieser wird mit 1 Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Auf Anregung von Stadtrat Haag erklärt BM **Schmid** unter Bezugnahme auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 322/11, man könne aus dem Wortlaut „wird“ ein „soll“ formulieren.

Als Ergebnis der Beratung im Gremium stellt BM **Schmid** abschließend den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 322/11 abweichend. unter Ersetzen der ursprünglichen Formulierung „wird“ durch „soll“ in Ziffer 1 im Gremium zur Abstimmung. Im Falle der Verhinderung der Realisierung einer Biogasanlage gemäß Ziffer 2 wird der „Bau“ einer Holzpelletanlage mit Gasspitzenkessel ersetzt durch die „Weiterverfolgung“ dieser Möglichkeit. Des Weiteren wird in Ziffer 3 die Einbindung des VEP in den Beschlussvorschlag mit aufgenommen.

TOP 2.1	- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Die Linke) vom 29.06.2011	Vorl.Nr. 299/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Nach erfolgter Beratung stellt BM **Schmid** den Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Die Linke) vom 29.06.2011, Vorl.Nr. 299/11 im Gremium zur Abstimmung.

Dieser wird mit 1 Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 2, Vorl.Nr. 322/11

TOP 3	Friedenstraße
-------	---------------

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1 und 3.2, Vorl.Nr. 041/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.2, Vorl.Nr. 041/11.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1 und 3.2, Vorl.Nr. 041/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.2, Vorl.Nr. 041/11.

Beschluss:**Entwurfs- und Baubeschluss**

Der Sanierung der Friedenstraße mit teilweiser Neugestaltung im Abschnitt zwischen Daimler- und Neubertstraße auf Grundlage der Planung des Fachbereichs 61 vom Februar 2011 wird zugestimmt.

Die Gesamtkosten betragen ca. 680.000,-- €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1 und 3.2, Vorl.Nr. 041/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 041/11.

Herr **Skaletz** (Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH) erläutert nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation das „Fernwärmekonzept Friedenstraße“ und geht dabei insbesondere auf die Ausgangslage, Grundlagen der Konzeption, die Struktur des Gebietes, den sich daraus ergebenden Wärmeatlas und die darauf beruhenden Szenarien ein. Man gehe eindeutig in Richtung großräumiges Szenario, weil dieses das wirtschaftlichste sei.

In der nachfolgenden Aussprache dankt Stadtrat **Rebholz** für das Gutachten, das zeige, dass der Anschluss derzeit nicht wirtschaftlich sei und insoweit nicht weiterverfolgt werden solle. Auf Anfrage von Stadtrat Rebholz erläutert Herr **Skaletz**, dass die Anwohner teilweise auch befragt worden seien.

Stadtrat **Griesmaier** bedauert, dass die Untersuchung zu keinem besseren Ergebnis geführt habe. Das Straßenbauprojekt Friedenstraße hält er für sehr gelungen. Er hofft auf eine Geschwindigkeitsdämpfung auch ohne Querbänder.

Stadtrat **Gericke** hätte gerne die Querbänder ausprobiert, kann jedoch auch die diesbezüglichen Bedenken verstehen.

Stadtrat **Haag** hält die Querbänder nach wie vor für sinnvoll und glaubt, dass sie auch möglich gemacht werden könnten.

Stadträtin **Schneller** informiert weshalb man dem Ausbau der Friedenstraße zunächst nicht zustimmen wollte. Im Gesamtenergiekonzept sei ein Nahwärmekonzept für die Weststadt beschrieben.

Stadträtin **Burkhardt** hofft, dass die Untersuchung etwas intensiver ausgearbeitet nochmals vorgelegt werde. Sie bedauert, dass sich der Ausbau der Friedenstraße durch die Diskussion verzögert habe.

BM **Schmid** weist darauf hin, dass es einfacher sei, in einem Neubaugebiet eine hohe Versorgungsquote zu erreichen. Im Bestand sei dies harte Arbeit mit viel Überzeugungsarbeit.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erklärt, dass man so schnell wie möglich ausschreiben werde. Die Vergabe könne nach den Sommerferien erfolgen.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 041/11 im Gremium zur Abstimmung.

Außerhalb der Tagesordnung

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) informiert, dass die vorgesehene Sanierung der Bottwartalstraße zurückgestellt werde. Vorgezogen würden Sanierungsmaßnahmen in der Unteren Harteneckstraße sowie im Bereich der Straße vor der Kreissparkasse am Schillerplatz.

TOP 3.3

- Antrag der FW-Fraktion vom 06.04.2011

Vorl.Nr. 161/11

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** teilt mit, der Antrag der FW-Fraktion vom 06.04.2011, Vorl.Nr. 161/11 werde nach Abschluss der weiteren Überprüfung nach den Sommerferien im Zusammenhang mit der Vorstellung des Ergebnisses im Gremium nochmals zur Beratung aufgerufen.

Beschluss:

1. Die **Erhöhung der Gesamtkosten** von 600.000,-- € **auf 630.000,-- €** wird genehmigt.

2. Vergabeabschluss

Die Firma Lukas Gläser aus Aspach erhält den Auftrag zur Durchführung der Erschließungsarbeiten für das Gewerbegebiet Waldäcker II. Grundlage des Auftrages ist das Angebot der Firma Lukas Gläser vom 30.06.2011.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	504.952,19 €
+ Unvorhergesehenes ca. 5 %	<u>25.047,81 €</u>
Vergabesumme	<u>530.000,00 €</u> (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

3. Beauftragung von Ingenieurleistungen

Das Büro KMB, Ludwigsburg wird mit der Erbringung weiterer Ingenieurleistungen bis Leistungsphase 4.8 sowie der örtlichen Bauleitung beauftragt. Die Vergabesumme beträgt bis 56.000,-- € (brutto). Grundlage des Auftrages ist das Angebot des Büro KMB vom 08.06.2011.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch (dienstlich verhindert)
Stadträtin Schneller
Stadtrat Lettrari

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 312/11.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 312/11 im Gremium zur Abstimmung.

Beschluss:**1. Baubeschluss**

Die überarbeitete Planung des Ingenieurbüros ISTW für die Sanierung der Neckarweihinger Straße vom 08.07.2011 ist Grundlage für die Ausschreibung der Bauleistungen.

2. Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt wird ermächtigt, die Vergabe der Arbeiten vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch (dienstlich verhindert)

.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 311/11.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation und geht zusammenfassend auf die wesentlichen Änderungen der Planung ein. Als Ergebnis der Abwägung aller Anregungen und der Beteiligung der Anwohner werde der Baubeschluss mit den erläuterten Änderungen empfohlen.

In der nachfolgenden Aussprache betrachtet Stadtrat **Lutz** die Beteiligung der Anwohner als sehr vorteilhaft. Er schlägt vor, die Parkplätze im Bereich der Verschwenkung der Neckarweihinger Straße im Hinblick auf mögliche Behinderungen des Busverkehrs nochmals genau zu betrachten. Ansonsten findet er die Lösung sehr gelungen.

Die große Beteiligung der Bürger lobend erklärt Stadträtin **Liepins**, man könne dieser Lösung zustimmen. Sie sei ein guter Kompromiss.

Stadtrat **Striegel** hält für nachvollziehbar, dass der südliche Teil nochmals geprüft werden solle.

Stadtrat **Gericke** ist der Ansicht, dass die Einarbeitung der Anregungen die Planung verbessert hätte.

Stadtrat **Haag** verweist darauf, dass man einige Kompromisse habe eingehen müssen. Mit dem jetzt vorliegenden Entwurfsplan habe man jedoch einige Verbesserungen erreicht. Für ihn sei noch wichtig, den Gehweg durchzuziehen.

Stadträtin **Burkhardt** hofft, dass die guten Vorschläge der Bürger zum Busverkehr auch umgesetzt würden und dass die Umstellung auf schadstoffarme und lärmarme Busse die Aversion der Bürger gegenüber den Buslinien reduziere. Ein Kreisverkehr sollte aus ihrer Sicht zur besseren

Stadtgestaltung beitragen, den Verkehr langsamer und gleichmäßiger machen und möglichst eine Ampelregelung ersetzen.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) und Herr **Kurt** erläutern daraufhin technische Möglichkeiten, die zur Verbesserung des Busbegegnungsverkehrs beitragen könnten. Sie gehen auch nochmals auf die Stellplatzsituation und die diesbezüglichen Überlegungen ein. Man könne bei den Stellplätzen im Hinblick auf Sichtbeziehungen an Einfahrten an kritischen Stellen nachsteuern.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) erläutert, dass in einem verkehrsberuhigten Bereich Schrittgeschwindigkeit vorgeschrieben sei. Es müsse eine klare Abgrenzung für den Autofahrer erkennbar sein. Eine Tempo30-Zone sei als weniger kritisch angesehen worden.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 311/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 6	Tennenfußballplatz FSV Obweil Umbau in einen Kunststoffrasenplatz mit gefüllter Polschicht - Bau- und Vergabebeschluss	Vorl.Nr. 314/11
-------	--	-----------------

Beschluss:

Baubeschluss

Der **Tennenfußballplatz** des **FSV Obweil** wird in einen Kunststoffrasenplatz mit gefüllter Polschicht aus Sand und Gummigranulat umgebaut.

Die Gesamtkosten in Höhe von 335.000,-- € (brutto) werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Der Auftrag für die Umbauarbeiten wird an die Firma Link GmbH, 70736 Fellbach-Schmidlen, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 04.07.2011 erteilt.

Die Vergabesumme beträgt

Angebotssumme	282.836,95 €
+ Unvorhergesehenes ca. 8 %	<u>22.163,05 €</u>
Vergabesumme	<u>305.000,00 €</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch (dienstlich verhindert)

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 21.07.2011

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 314/11.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 314/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 7

Umgestaltung der westlichen Alleenstraße

Vorl.Nr. 307/11

Beschluss:

1. Über die zukünftige Gestaltung der Alleenstraße wird einschließlich der verlängerten Achse in Richtung B 27/ Friedrich-Ebert-Straße im Gesamtzusammenhang nach Hinzuziehung externer Sachverständiger entschieden.
2. Bis zu einer Klärung der endgültigen Querschnittsgestaltung und Radverkehrsführung in der gesamten Alleenstraße bleibt im westlichen Teilabschnitt die Gehwegfreigabe für den Radverkehr entgegen der Einbahnrichtung erhalten. Zum Reduzieren der Konflikte zwischen Rad- und Fußgängerverkehr und zur Verbreiterung der derzeit ungenügenden Sicherheitsabstände wird die Beleuchtung zur Fahrbahn hin versetzt.
3. Das Konzept eines „Verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs“, gemäß dem Antrag der LUBU/Die Linke vom 19.04.2011 (Vorl. Nr. 188/11) wird für die westliche Alleenstraße nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch (dienstlich verhindert)

Beratungsverlauf:

Unter Hinweis auf die dem Gremium vorliegenden Beratungsunterlagen führt BM **Schmid** einleitend kurz in das Thema ein. Er schlägt vor, das Thema Alleenstraße nochmals ganzheitlich zu betrachten und in Richtung B27 anzufangen.

In der nachfolgenden Aussprache dankt Stadtrat **Rehholz** für die ausführliche Vorlage mit den zahlreichen Alternativen. Man trage den Vorschlag eines Gesamtkonzepts mit. Er äußert die Anregung, dabei nicht nur in Richtung Osten zu denken, sondern auch in Richtung Schillerstraße weiter zu überlegen.

Stadträtin **Liepins** weist darauf hin, dass zu der Anregung, Richtung Schillerstraße nachzudenken, bereits ein Antrag vorliege.

Stadtrat **Gericke** trägt den Vorschlag ebenfalls mit und ist der Meinung, dass es langfristig eine Lösung für den Gesamtverlauf geben müsse, es sei schließlich die Hauptfahrradachse.

Stadtrat **Haag** ist der Meinung, dass die Problematik des gewachsenen Fahrradverkehrs bei der großen Lösung berücksichtigt werden müsse.

Stadträtin **Burkhardt** gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Radverkehrsplanung in den engen Straßen der Ludwigsburger Innenstadt ist schwierig. Wir haben im Zusammenhang mit neuen Festsetzungen der StVO auch schon Anträge zur Ausweisung von Tempo 30 gestellt. Im April 2011 haben LUBU/Linke den Antrag gestellt, in der Westlichen Alleenstraße probeweise einen „Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich“ auszuweisen und durch überwacht einhalten von Tempo 20 ein Miteinander von Radverkehr und KFZ-Verkehr möglich zu machen. Große Umbaumaßnahmen außer der sowieso geplanten Versetzung der Leuchten sind für eine Probephase nicht nötig. Deshalb sind die prognostizierten Kosten von 425.000 Euro lachhaft. Es wäre eine Möglichkeit, zum Nutzen anderer Straßen zu testen, wie sich durch die verringerte Geschwindigkeit die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer in unseren Innenstadtstraßen wie z.B. der Schillerstraße verbessern lässt. Der Durchgangsverkehr wird nach Erfahrungen anderer Städte geringer, damit auch der Lärm und Luftschadstoffbelastung für die Anwohner. Aber die Verfasser der Vorlage 307/11, Datum 5. Juli 2011, finden unseren Vorschlag nicht empfehlenswert, denn es gilt das Trennungsprinzip für Fußgänger, die angeblich die Fahrbahn auch noch ganz schnell überqueren müssen. Der Autofahrer darf keine Schrittgeschwindigkeit fahren, sondern muss schnell Tempo 20 fahren, und die Aufenthaltsfunktion soll in der Straße überwiegen. Und außerdem muss es sich um einen zentralen innerstädtischen Bereich handeln, was bei der Alleenstraße, die innerhalb der Innengrenzen Bahn-B27 liegt und zur 2. Stadtgründung Herzog Karl Eugens gehört, nach Meinung der Verwaltung offenbar nicht der Fall ist. Am 14.7.11 lese ich in der LKZ, dass Sie, Herr Baubürgermeister Schmid, eine Möglichkeit gefunden haben, dem Gemeinsamen Wunsch des Bauausschusses Rechnung zu tragen und in der Pflugfelder Straße beim Westausgang statt des vom RP abgelehnten Tempo 30 einen Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20 einzurichten. Die Pflugfelder Straße gehört nicht zur Innenstadt, sie hat mit zwei Bäckereien, einem Computerladen, einem Frisör, einer Wellness-Einrichtung und zwei gastronomischen Betrieben 7 Geschäfte. Wenn damit die Möglichkeit einer Temporeduzierung gegeben ist, stimme ich dem gerne zu. Die Fußgänger sollen aber bitte nicht wie die Hasen über die Straße laufen müssen. Sie sollten darauf achten, Herr Schmid, nicht mit den gleichen Argumenten, mit denen Sie einen Verwaltungsvorschlag auf den Tisch legen, einen Antrag abzulehnen, vielleicht weil er von Stadträten kommt, die Ihnen zu viele alternative Ideen entwickeln. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung lehnen wir ab, insbesondere die Hinzuziehung externer Sachverständiger. Wir geben in Ludwigsburg sowieso viel zu viel Geld für Gutachter aus. Unser Planungsamt hat unserer Meinung nach Sachverstand genug, man muss nur nicht ständig Personalausstattung kürzen.“

BM **Schmid** klärt auf, es sei nicht richtig, dass er eine Lösung für die Pflugfelder Straße gefunden habe. Herr Winkler sei angewiesen worden, ein Verfahren in Richtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereiches einzuleiten.

Nachfolgend schlägt Stadträtin **Klett-Heuchert** eine Begrünung der Straßenlampen vor.

Stadträtin **Burkhardt** regt an, in der Frankfurter Straße die Begrünung zu ergänzen.

Herr **Ressler** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet auf Anfrage von Stadtrat **Gericke** von den Gesprächen mit der Radinitiative und von einem Büro in Hannover, die bundesweit Radwegeplanung durchführen.

BM **Schmid** stellt abschließend die Vorl.Nr. 307/11 im Gremium zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Die Linke) vom 19.04.2011, Vorl.Nr. 188/11 ist durch Beratung und Beschlussfassung der Vorl.Nr. 307/11 im Gremium erledigt.

Beschluss:**Vergabebeschlüsse 2. Ausschreibungspaket**

Folgende Vergabe von Bauarbeiten für den Neubau des Mehrgenerationenhauses wird zugestimmt (in der Vergabesumme sind ca. 5 % für Unvorhergesehenes enthalten):

Gewerk	Firma	Vergabesumme inkl. 19 % MwSt.
Putz-/Stuckarbeiten	Weber – Stuckateurbetrieb Dahlienweg 2 71522 Backnang	200.000 EUR

Die Gewerke Klempnerarbeiten und Trockenbauarbeiten werden in der Zuständigkeit der Verwaltung vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch (dienstlich verhindert)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 295/11. Er berichtet von Überlegungen, eine gemeinsame Parkierungsanlage anzulegen. Dies müsse mit Kornwestheim aber noch abgestimmt werden. Man werde im September 2011 mit einer Planung nochmals in den Ausschuss kommen.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 295/11 im Gremium zur Abstimmung.